

tionen, nach denen in der Bundesrepublik die Präsidenten gewählt werden.

SPIEGEL: Gibt es auch Licht im Bonner Bildungs-Dunkel?

PICHT: So betrüblich das Bild ist, das der Bundestag in den letzten Wochen bot, und so wertlos die Deklamationen führender Politiker über die Bildungsmisere auch sind: In allen Parteien sind sich die sachverständigen Politiker heute in einem Maße über die Notwendigkeiten einer vernünftigen Bildungspolitik einig, wie es das in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat.

SPIEGEL: Wo sitzen, zum Beispiel, diese Politiker im Bundestag? Vorn oder hinten?

PICHT: Wer in Bonn Politiker ist und sich der Kulturpolitik verschreibt, weiß von vornherein, daß er es gar so weit nicht bringen wird. Diese vernünftigen Leute sind noch eine Minderheit, und in den Parteispitzen sind sie kaum vertreten. Aber immerhin ist die Lage in allen Parteien heute doch schon so, daß dort ein Kampf um eine vernünftige Bildungspolitik geführt wird, dessen Ausgang allerdings noch völlig ungewiß ist.

SPIEGEL: Sieht man von Zwischenfällen wie der Attacke Erhards gegen die angeblich idiotieverdächtigen Intellektuellen und dem Loblied Lübkes auf die Zwergschule ab, so hat sich doch die Lage seit Ihren Alarmsrufen über die „Bildungskatastrophe“ immerhin gewandelt. Wie immer man die Sache nennt ...

PICHT: Man pflegt zu sagen: Es gibt zwar viele ernste Symptome, aber eine Krankheit — nein, die gibt es nicht.

SPIEGEL: ... ob Katastrophe, Misere, Notstand, Rückstand: Es wird nicht mehr geleugnet, daß es so etwas gibt. Aber damit nun nicht geheuchelt wird, man habe die Gefahr erkannt und unternehme genug, sollte man den Streit um das treffende Wort beenden. Er führt zu nichts.

PICHT: Ich sehe keinen Grund, Ihnen zu widersprechen, aber ...

SPIEGEL: Verteilen nicht auch Sie Lorbeer und Asche auf die Häupter der Politiker je nachdem, was sie gesagt — und nicht, was sie getan — haben?

PICHT: Zum Beispiel?

SPIEGEL: Sie haben Ministerpräsidenten der Bundesländer als „Stammesherzöge“ bezeichnet, mit deren Kultusministern haben Sie sich solidarisch erklärt. Gehören wirklich die einen auf die Anklagebank, die anderen aufs Helden-Podest?

PICHT: Natürlich muß man differenzieren, aber es geht dabei doch nicht nur um Worte. Die Herren, die ich als Stammesherzöge apostrophiert habe, müssen irgendwann begreifen, daß ihr Föderalismus ein Relikt der Vergangenheit ist. Man darf doch nicht vergessen, daß die Bundesrepublik insgesamt kleiner ist als das alte Land Preußen. Mancher, der sich in einem künstlich aufgeblähten Gebilde heute als selbstherrlicher Landesvater aufführt, wäre damals doch bestenfalls Oberpräsident, sein Kultusminister vielleicht Ministerialrat gewesen.

SPIEGEL: Wer sind diese selbstherrlichen Landesväter?

PICHT: Ich habe früher einmal die Herren Meyers von Nordrhein-Westfalen, Altmeier von Rheinland-Pfalz und

GEORG PICHT

alarmierte im vergangenen Jahr die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit der Warnung vor einer „Bildungskatastrophe“. Wenn nicht sofort Notmaßnahmen ergriffen würden, könnte spätestens 1970 nur noch die Hälfte der Lehrerstellen an den Volksschulen besetzt werden. Auch die Zahl der Abiturienten und der Studienräte müsse verdoppelt werden, um — nach zwei Weltkriegen — den „dritten großen Zusammenbruch der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert“ zu verhindern (**SPIEGEL** 31/1964).

Sprecher aller Parteien verwahrten sich gegen Pichts Wort von der drohenden Bildungskatastrophe. Zahlreiche Sachverständige aber, darunter der nordrhein-westfälische Kultusminister Mikat (CDU) und Berlins Schulsenator Evers (SPD), bestätigten dem Kritiker, er habe die Mängel in der bundesdeutschen Bildungspolitik richtig diagnostiziert. Neuere Untersuchungen erhärteten Pichts Feststellungen.

Mit Picht-Texten waren die Studenten ausgerüstet, die am 1. Juli in allen Universitätsstädten gegen den Bildungsnotstand demonstrierten. Bundeskanzler Erhard nannte diese Studenten-Aktion (Redner in Heidelberg: Picht) „ungeheuren Unfug“.

Picht ist Professor für evangelische Religionsphilosophie an der Universität Heidelberg, leitet nebenberuflich die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und wohnt in Hinterzarten, wo er — von Haus aus Altphilologe — elf Jahre lang Direktor der renommierten Schule Birklehof war.

Der 52jährige Philosoph — verheiratet mit Edith Picht-Axenfeld, Cembalistin

von Weltruf und Musik-Professorin in Freiburg — zählt seit langem zu den kulturpolitisch engagierten Gelehrten. Neun Jahre lang gehörte er — neben Nobelpreisträger Butenandt und anderen Wissenschaftlern — dem Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen an, der eine für fast alle Volks-, Mittel- und Oberschüler gemeinsame Förderstufe im fünften und sechsten Schuljahr und andere Schulreformen vorschlug.

Gemeinsam mit Nobelpreisträger Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und fünf anderen prominenten Protestanten unterschrieb Picht 1961 das „Tübinger Memorandum“, in dem gerügt wurde, daß von den politischen Parteien „dem Volk die Wahrheit, die es wissen muß, vielfach vorenthalten“ werde; eine der Wahrheiten: Die Deutschen müßten auf „den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie“ verzichten. Picht betrachtet sein vielfältiges Engagement als „angewandte Philosophie“. Er begründete die Aktualität Platons ebenso wie die Notwendigkeit einer Bildungsplanung, analysierte die „Stellung der Musik im Aufbau der Bildung“ („Musik muß überall dort erklingen, wo es darum geht, gegen die Übermacht anonymer kollektiver Gewalten die Freiheit geistigen Daseins zu sichern“) ebenso wie die Funktion der Force de frappe („Frankreich hat sich durch seine atomare Rüstung die Freiheit erobert, jederzeit einen Akt des Wahnsinns begehen zu können“).

* Georg Picht: „Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften.“ Walter-Verlag, Olten und Freiburg; 1965; 428 Seiten; 26 Mark.

Zinn von Hessen genannt. Ich habe keinen Grund, einen dieser Namen zu streichen.

SPIEGEL: Wollen Sie andere Namen Ihrer schwarzen Liste hinzufügen?

PICHT: Würde ich noch den einen oder anderen nennen, so könnte man denken, ich erhöhe Anspruch auf Vollständigkeit.

SPIEGEL: Aber doch wohl nirgends unterscheidet sich der Ministerpräsident, der „Stammesherzog“, von seinem Kultusminister wie Nacht und Tag.

PICHT: Im großen und ganzen ist es so, daß die Kultusminister — einfach, weil sie besser informiert sind — ein stärkeres Interesse daran haben, die Notstände innerhalb ihrer Ressorts zu überwinden, während umgekehrt die Ministerpräsidenten ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Eigenposition ihres Landes möglichst hervorzukehren.

SPIEGEL: Nun haben sich ja tatsächlich jüngst in Nordrhein-Westfalen der Ministerpräsident Meyers und der Kultusminister Mikat öffentlich darüber gestritten, ob dem Bund eine größere Kompetenz als bisher in der Bildungspolitik eingeräumt werden soll.

PICHT: Das ist ein Kernproblem.

SPIEGEL: Aber das ist der erste Konflikt dieser Art. Er scheint nicht typisch zu sein.

PICHT: Das hängt auch damit zusammen, daß die Kultusminister keine sehr

starke Stellung haben. Welcher Kultusminister könnte sich einen offenen Konflikt mit seinem Ministerpräsidenten erlauben?

SPIEGEL: Jeder. Heute wäre — anders als vor zwei, drei Jahren — die Öffentlichkeit auf seiner Seite.

PICHT: Vergessen Sie nicht, daß neben den Landesinteressen auch parteipolitische Interessen oft eine Rolle spielen. Dabei kommt es dann tatsächlich zu Allianzen zwischen den „Landesvätern“ und den Kultusministern. So habe ich ernste Zweifel daran, ob die SPD-Kultusminister an der Beseitigung des Bildungsnotstandes in den CDU-Ländern wirklich interessiert sind.

SPIEGEL: Warum?

PICHT: Wie ernst die Lage ist, haben der Berliner Schulsenator Evers und der hessische Kultusminister Schütte klar erkannt, und in ihren Ländern entwickeln sie auch Initiative. Aber in der Konferenz der Kultusminister haben sie sich nicht etwa mit ihren Gesinnungsgenossen in der CDU, Herrn Mikat und Herrn Hahn ...

SPIEGEL: ... dem Kultusminister von Baden-Württemberg ...

PICHT: ... verbündet, sondern mit der bayrischen CSU, als es um ein stärkeres Mitspracherecht des Bundes in der Bildungspolitik ging. Es ist doch erschütternd, daß sich sogar diese führenden Köpfe gerade der SPD, die früher als